

**Vorblatt zum
Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem
Gewaltschutzgesetz**

Bitte geben Sie hier Ihre (Mobil)Telefonnummer und ggf. e-Mail-Adresse an, um eine kurzfristige Erreichbarkeit durch das Gericht sicherzustellen – diese Angaben werden vertraulich behandelt und nicht an die Gegenseite hinausgegeben:

Antragsteller/in:

Telefon	e-Mail
---------	--------

Antragsgegner/in:

Telefon	e-Mail
---------	--------

Absender:

(Formular Stand 07/2022)

--

An das
Amtsgericht Starnberg
Familiengericht
Otto-Gassner-Str. 2
82319 Starnberg

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Antragsteller/in:

Anrede	
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	

- Bitte fügen Sie dem Antrag nach Möglichkeit eine Kopie Ihres Personalausweises / Reisepasses bei -

gegen

Antragsgegner/in:

Anrede	
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	

Ich beantrage, die nachfolgenden Anträge im Wege der einstweiligen Anordnung zu entscheiden:

- Durch einstweilige Anordnung soll gemäß **§ 1 Gewaltschutzgesetz** (GewSchG) bestimmt werden, dass der/die Antragsgegner/in es vorläufig zu unterlassen hat, die Wohnung des/der Antragstellers/in in
.....
zu betreten und sich im Umkreis von 100 Metern der Wohnung der/des Antragstellers/in aufzuhalten,
- sich der Arbeitsstelle des/der Antragstellers/-in in
.....
auf eine Entfernung weniger als 100 Meter zu nähern,
- in irgendeiner Form Kontakt zum/zur Antragsteller/in aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln.
Im Einzelnen wird dem/der Antragsgegner/in untersagt: die/den Antragsteller/in anzurufen, anzusprechen, SMS zu senden, E-Mails zu senden, über soziale Netzwerke (Facebook, WhatsApp usw.) zu kontaktieren,
- ein Zusammentreffen mit dem/der Antragsteller/in herbeizuführen und sich dem/der Antragsteller/in weniger als 100 Meter zu nähern. Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat sich der/die Antragsgegner/in unverzüglich zu entfernen,
- den/die Antragsteller/in zu bedrohen, zu verletzen, sonst körperlich zu misshandeln oder zu demütigen.
-
- Durch einstweilige Anordnung soll gemäß **§ 2 Gewaltschutzgesetz** (GewSchG) bestimmt werden, dass der/die Antragsgegner/in vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in
.....
dem/der Antragsteller/in sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen, die Wohnung sofort zu verlassen und dass der/die Antragsgegner/in der/dem Antragsteller/in sämtliche zur Wohnung gehörende Schlüssel herauszugeben hat.
- Dem/der Antragsgegner/in wird untersagt, das Mietverhältnis über die Wohnung in
.....
zu kündigen.
-

Gründe für meinen Antrag:

(Für einen Antrag im Wege der einstweiligen Anordnung müssen Sie bezüglich der Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer Angaben eine eidesstattliche Versicherung abgeben. Lesen Sie hierzu bitte die entsprechenden Absätze am Ende dieses Formulars)

(Zutreffendes bitte ankreuzen und ausfüllen):

Bei den **Beteiligten** handelt es sich um

- Ehegatten
- Eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaft
- nichteheliche Lebensgemeinschaft
- Geschwister/sonstige Verwandte
- S o n s t i g :

In dem Haushalt der Beteiligten leben **Kinder**:

-, geb. am
-, geb. am
-, geb. am.....

Wer hat die **elterliche Sorge** für d. Kind(er) inne?

- Gemeinsam
- Antragsteller/in allein
- Antragsgegner/in allein
- Ergänzungspfleger / Vormund:

Sind/Waren bereits **gerichtliche Verfahren** zwischen den Beteiligten anhängig?

- Nein
- Ja. Gericht, Aktenzeichen:

Ich habe am **Anzeige bei der Polizei** wegen

.....
erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.

- Polizeidienststelle:
- Aktenzeichen:
- Sachbearbeiter:

Die Polizei hat ein **Kontaktverbot** gegenüber dem/der Antragsgegner/-in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

- JA, bis zum
- NEIN.

Die Polizei hat ein **Betretungsverbot/ Platzverweis** der Wohnung für den/die Antragsgegner/-in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

- JA, bis zum
- NEIN.

Gibt es **diagnostizierte Krankheiten** (physisch /psychisch) bei Antragsgegner/in, die in Zusammenhang mit den Vorfällen stehen/ stehen können?

- Nein.
- Ja. Diagnose/Bezeichnung:

Steht d. Antragsgegner/in unter gerichtlich angeordneter **Betreuung**?

- Nein
- Ja. Betreuer ist:
- keine Kenntnis

- Ich lebe mit dem/der Antragsgegner/-in dauerhaft zusammen.
 - JA, seit dem
 - NEIN.
 - JA, aber seit dem nicht mehr.

- Der Mietvertrag der gemeinsam genutzten Wohnung / Haus läuft auf
.....

- Eigentümer/-in der gemeinsam genutzten Wohnung / Haus ist
.....

Anlass des Antrages / aktueller Sachverhalt

Datum Beginn der Vorfälle:

Anlass des Beginns?

.....
.....
.....
.....

Ggf. Datum des aktuellsten / letzten Vorfalls:

Was ist genau passiert?

Körperverletzung(en) / Gesundheitsverletzung(en)

Wann:

Wo:

Wodurch:

Wie häufig:

Genaue Angabe der Verletzungen:.....

.....
.....

Einsperren

Wann:

Wo:

Wodurch:

Wie häufig:

Konkrete Bedrohungen

Wann:

Wo:

Angabe des genauen Wortlautes/ Schilderung der Gesten etc. in Stichpunkten

.....
.....
.....

Wie häufig:

Eindringen in die Wohnung/das Haus oder den eingezäunten Garten gegen /ohne den Willen d. Antragstellers/in

Wann:

Wo:

Wodurch:

Wie häufig:

Nachstellen /Stalking, auch telefonisch

(bitte geben Sie unten mehrere, konkrete, mit Datum belegte Vorfälle an)

Wurde dem Antragsgegner/in (unmissverständlich) zu verstehen gegeben, dass Sie keinen Kontakt mehr zu dem Antragsgegner/in wünschen?

Nein

Ja. wann und wie?:

.....
.....

- Bedroht/
belästigt Wann:
- Wo:
- Wie häufig:
- Art der Bedrohung/
welche Worte:

Wurde ein Arzt aufgesucht?

- Nein
 Ja. Welcher (Name, Fachrichtung)?.....

Ärztliches Attest vorhanden?

- Nein
 Ja (dann bitte in Kopie beifügen)

Ich reiche folgende **Anlagen zur Glaubhaftmachung** ein:

- Kopie meines Personalausweises / Reisepasses
- Ärztliches Attest vom
- Stalkingprotokoll
- Chatverlauf von dem Zeitraum
- Briefe / e-Mails
-
-

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung nach den §§ 156, 161 StGB wird die Richtigkeit des vorgenannten Sachverhalts an Eides Statt versichert.

§ 156 StGB Eidesstattliche Versicherung

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

.....
Ort, Datum, Unterschrift